

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2001

Keine „akute Gefahr“

Die öffentliche Sicherheit in Österreich ist durch Terrorismus und Extremismus nicht „nachhaltig gefährdet“. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001 hervor. Der Bericht informiert über Entwicklungen, Tendenzen und aktuelle Gefahren im Staatsschutzbereich.

Im internationalen Vergleich ist Österreich durch Terrorismus „eher gering gefährdet“, heißt es im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001, der im September 2002 veröffentlicht worden ist. „Trotz einiger Besorgnis erregender Straftaten hat im Jahr 2001 weder der rechtsextremistische noch der linksextremistische Bereich eine Dimension erreicht, die als akute Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu beurteilen wäre“, sagt Dr. Gert-René Polli, stellvertretender Leiter der Gruppe II/C (Staatspolizei) und Projektleiter für das neue Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Es besteht aber laut Bericht „ein erhebliches Risikopotenzial“, das sich in erster Linie „aus einer latenten europaweiten terroristischen Bedrohung und deren Folgewirkungen ergibt“. Im Bereich Extremismus ist ebenfalls Vorsicht angebracht: Die „staatspolizeilich relevante Szene bedarf weiterhin einer intensiven staatspolizeilichen Beobachtung und Beurteilung“. Der Verfassungsschutzbericht (früher: „Staatsschutzbericht“) wird seit 1997 vom Innenministerium jährlich herausgegeben und soll die Arbeit des Staatsschutzes dokumentieren und transparent machen. Im Bericht wird über Gefahren im Bereich der staatlichen Sicherheit informiert, vor allem über Rechts- und Linksextremismus, internationalen Terrorismus und Ausländerextremismus, Nachrichtendienste und Spionageabwehr sowie über staatschutzrelevante Bereiche der organisierten Kriminalität.

Terrorbekämpfung

Schwerpunkt der Staatsschutzarbeit im Jahr 2001 war die Terrorismusbekämpfung. Der Herbst 2001 stand im Zeichen der Terroranschläge vom 11. September in den USA, den Militäraktionen in Afghanistan und der internationalen Maßnahmen gegen den Terrorismus. Ermittlungen der Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden haben ergeben, dass sich in über 50 Staaten Aktivisten und Sympathisanten des Terrornetztes Al Qaida um Osama Bin Laden befinden. Nach den Anschlägen kam es auch in Österreich zu umfangreichen Sicherungs- und Ermittlungsmaßnahmen. Die Sicherheitsbehörden gingen nach den Ereignissen des 11. September etwa 850 Hinweisen nach. Es ergaben sich keine Hinweise auf eine Verbindung zwischen Österreich und den Tätern. Es konnten auch keine Verbindungen von Terrorgeldern Osama Bin Ladens oder der Al Qaida zu Konten bei inländischen Geldinstituten nachgewiesen werden. Die weltweite Anthrax-Angst nach den Anschlägen in den USA führte in Österreich zu fast 400 Verdachtsfällen. Eine einzige Probe wurde positiv getestet – ein Postsack in der US-Botschaft war mit Anthrax-Spuren kontaminiert.

„Die Gefährdung ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eher gering“, erläutert Polli, „jedoch trotzdem nicht zu unterschätzen.“ Es sei davon auszugehen, dass „Österreich kein primäres Ziel terroristischer Aktionen sein wird, wenn auch Wien als Sitz zahlreicher

internationaler Organisationen umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen erfordert“, betont der BVT-Projektleiter.

Rechtsextremismus

Während in vielen Ländern Europas die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten angestiegen ist, verzeichneten die Behörden in Österreich nahezu einen Gleichstand. Insgesamt registrierten die Sicherheitsbehörden 335 Tathandlungen (2000: 336), die zu 528 Anzeigen führten. Der Großteil der Anzeigen betraf Verstöße gegen das Verbotsgesetz (269), gefolgt von Verstößen gegen das Strafgesetzbuch (133). Es kam zu 66 Schmier- und Klebeaktionen (2000: 60) mit einem Schaden von 58.000 Euro.

Die Sicherheitsbehörden führten 63 Hausdurchsuchungen und 17 Festnahmen durch und stellten 18 Schusswaffen sicher. Bei 47 Gerichtsverfahren gab es Verurteilungen (2000: 35); in 69 Fällen wurde das Verfahren eingestellt (2000: 43). Unter den Angezeigten befanden sich 82 Jugendliche (2000: 86). Die rechtsextreme Jugendszene besteht aus Skinheads, einigen Hooligans und Kleingruppen.

Rechtsextremistische Einzeltäter und Kleingruppen sind dem Bericht zufolge „nach wie vor ein schwer erfassbares Gefahrenpotenzial“. Die Behörden erwarten „keine Verringerung der Gewaltbereitschaft“. Die Staatsschutzbehörden rechnen aber nicht mit einem Ansteigen rechtsextremistischer Straftaten. „Jede dritte Anzeige steht mit Straftaten im Zusammenhang, die über das Internet begangen worden sind“, sagt Verfassungsschützer Polli, „dieser Trend wird sich steigern.“

Linksextremismus

Auch 2001 war der Linksextremismus in Österreich keine besondere Bedrohung für die öffentliche Sicherheit. Die Behörden verzeichneten laut Verfassungsschutzbericht keinen „verstärkten Zustrom zu linksextremistischen Gruppen“ und erwarteten „keine wesentlichen ideologischen, strukturellen und personellen Veränderungen in der linksextremistischen Szene“. Die Sicherheitsbehörden registrierten im Jahr 2001 52 linksextremistisch motivierte Straftaten. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2000 einen erheblichen Rückgang. Das sei „hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das Interesse an der wöchentlichen Anti-Regierungsdemonstration nachgelassen hat“, erläutert Gert-René Polli. Im Jahr 2000 waren wegen der Regierungsbildung noch über eintausend Sachbeschädigungen begangen worden.

Die linksextremistische Szene in Österreich besteht seit Jahren aus einem anarchistisch/autonomen und einem marxistisch/leninistischen Block. Die Anarchisten/Autonomen sind der gewaltbereiteste Teil in der linksextremistischen Szene. Dazu kommen so genannte „Freie Radikale“ – Jugendliche, die bei Demonstrationen besonders aggressiv auftreten und laut Verfassungsschutzbericht als „zukünftiges mobilisierungsfähiges Potenzial“ gesehen werden.

Beim Europäischen Wirtschaftsgipfel, der 2001 vom Weltwirtschaftsforum erstmals in Salzburg veranstaltet wurde, trat eine globalisierungskritische Bewegung in Erscheinung. Aus dem linksextremen Lager hat sich eine militante Gruppe entwickelt, die bei Antiglobalisierungs-Veranstaltungen gewalttätig auftritt. „Die gewaltbereite linke Szene im Umfeld der Globalisierungskritik ist besorgniserregend. Dieser weltweit zu beobachtende Trend hat auch Österreich mit erfasst“, erläutert Polli.

Ausländer-Extremismus

Extremistische türkische und kurdische Organisationen beschränkten ihre Aktionen im Jahr 2001 in Österreich auf Geldbeschaffung und Propaganda sowie auf Aktivitäten im Zusammenhang mit den Hungerstreiks politischer Gefangener in türkischen Haftanstalten. Das Interesse der Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei PKK an ihrer Organisation ist gesunken. Es gab im Jahr 2001 keine Straftaten, die der PKK zugerechnet wurden. In Graz wurden im Jahr 2001 zwei PKK-Mitglieder wegen eines Brandanschlags auf eine türkische Moschee im Jahr 1999 verurteilt. Die Männer waren im ersten Prozess freigesprochen worden; danach wurden neue Umstände bekannt, die zur Neuverhandlung führten.

Mehrere Mitglieder der linksextremistischen türkischen Revolutionären Volksbefreiungsarmee – Front (DHKP-C) wollten am 23. März 2001 in die türkische Botschaft eindringen; sie wurden daran gehindert.

Die anhaltende Krise in der Balkan-Region führte zu keiner erkennbaren extremistischen oder terroristischen Gefahr für die innere Sicherheit in Österreich. „Wir haben auch keine Radikalisierung der in Österreich lebenden Volksgruppen aus dieser Region festgestellt“, betont Polli.

Spionageabwehr

Wien bleibt weiterhin eine Drehscheibe für nachrichtendienstliche Aktivitäten. Mit einer Bedrohung der Sicherheitsinteressen Österreichs und der Europäischen Union „durch die illegale Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste muss auch in Zukunft unvermindert gerechnet werden“, heißt es im Bericht. Die Behörden stellten 2001 „weltweit unverändert hohe Spionageaktivitäten der russischen Nachrichtendienste“ fest. Wie in den Jahren davor sind die Dienste der Russischen Föderation in Österreich besonders stark vertreten. Russland unterhält in Österreich eine ihrer weltweit größten Legalresiduren; das unterstreicht die Bedeutung Wiens für die Spionagetätigkeit in Europa.

Der Anteil der Angehörigen der Nachrichtendienste am diplomatischen Personal der russischen Vertretungen in Österreich ist im internationalen Vergleich „nach wie vor hoch“. Die Aktivitäten der russischen Dienste bedeuten „für Österreich eine latent vorhandene Gefährdung seiner inneren Sicherheit“, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Ein Angehöriger der Handelsvertretung Russlands wurde 2001 aufgefordert, Österreich zu verlassen, weil seine „Aktivitäten ... mit seinem diplomatischen Status nicht vereinbar waren“. Auch in einigen anderen Staaten wurden russische Diplomaten zu „unerwünschten Personen“ erklärt.

Laut Polli hat sich der Trend bestätigt, dass sich Nachrichtendienste verstärkt mit Wirtschaftsspionage und Beschaffungsaktivitäten im Proliferationsbereich beschäftigen. Österreich ist dabei wegen seiner geostrategischen Lage für Treffen und als Transitland interessant.

Organisierte Kriminalität

Die Staatsschutz-Dienststellen sind auch zuständig für die Bekämpfung bestimmter Formen der organisierten Kriminalität wie Delikte mit nachrichtendienstlichem Bezug, dem illegalen Handel mit Waffen, Schieß- und Sprengmitteln sowie Kriegsmaterial und für die „Nuklearkriminalität“.

Geschätzte 500 Millionen kleine und leichte Waffen (Faustfeuerwaffen, Gewehre, halb- und vollautomatische Schusswaffen) sind weltweit im Umlauf. Im Jahr 2001 wurden weltweit Waffen im Wert von 37 Milliarden Euro verkauft, um acht Prozent mehr als im Jahr davor. Knapp die Hälfte der Waffen kam aus den USA, weitere führende Waffenproduzenten sind Russland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und China. In Österreich ist die Zahl der Anzeigen nach dem Waffengesetz, dem Kriegsmaterialgesetz und nach § 280 StGB (Ansammeln von Kampfmitteln) von 744 (2000) auf 629 (2001) gesunken.

Bis Ende 2001 befand sich die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität in der Gruppe Staatspolizei. Seit 1. Jänner 2002 ist das neue Bundeskriminalamt für die Schlepper-Bekämpfung zuständig. Im Jahr 2001 wurden in Österreich 48.659 Menschen angehalten, die illegal eingereist waren oder sich illegal im Bundesgebiet aufgehalten hatten. Das entspricht einem Anstieg von 6,4 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Die Steigerung ist vor allem auf die Wanderungswelle aus Afghanistan zurückzuführen. 2.294 der Angehaltenen waren Schlepper.

Verfassungsschutzbericht im Internet: <http://www.bmi.gv.at/>

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

Die Reorganisation der Staatspolizei wird noch im Jahr 2002 abgeschlossen. Es entsteht ein Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. In den Bundesländern werden Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) eingerichtet.

Das neue Bundesamt wird von einem Direktor geleitet. Ihm unterstellt sind das Büro für internationale Beziehungen, dem der stellvertretende Direktor vorsteht, ein Referat für Informationsmanagement und Quellenbewirtschaftung und drei Abteilungen.

Die Abteilung 1 (Administration, Logistik und Recht) ist zuständig für Personalangelegenheiten, Schulung, Budget- und Wirtschaftsangelegenheiten, rechtliche Grundsatzangelegenheiten des Staatsschutzes sowie für Verwaltungsaufgaben, die nicht unmittelbar mit den Kernaufgaben des Staatsschutzes in Zusammenhang stehen.

Die Abteilung 2 (Informationsgewinnung, Ermittlung und Analyse) ist die stärkste Organisationseinheit. Hier erfolgen die polizeilichen Ermittlungen, aber auch die operative Informationsbeschaffung und die Analyse im Bereich des Staatsschutzes. Die Abteilung besteht aus vier Referaten (Extremismus, Terrorismus, Spionage/illegaler Waffenhandel/Proliferation und Analyse) sowie dem Bereich „Operative Unterstützung“ (operative Technik, technische Ermittlung).

Die Abteilung 3 ist für den Personen- und Objektschutz zuständig.

Gemeinsam gegen Terror

Workshop über Terrorismusbekämpfung in Wien für Vertreter der Staatsschutzbehörden von Rumänien und Österreich.

Die Zusammenarbeit der Staatspolizei mit den rumänischen Sicherheitsbehörden hat sich nach der politischen Wende zur beiderseitigen Zufriedenheit entwickelt. In Anbetracht der Ereignisse des 11. September 2001 müssen jedoch die Sicherheitskonzepte den neuen

Anforderungen angepasst werden. Heute geht die Bedrohung weniger von Krieg führenden Staaten aus, sondern von substaatlichen Akteuren, die teilweise über Massenvernichtungswaffen verfügen.

Sie agieren im (völker-)rechtsfreien Raum und überwinden ungehindert Grenzen. Die Ursachen heutiger Konflikte und Krisen in unserem Lebensraum liegen geografisch weit entfernt, die Entfernungen werden durch Mobilität und neue Kommunikationsformen mühelos überwunden. Die Terrorismusbekämpfung erfordert geostrategische Partnerländer, auf die man sich im Krisenfall verlassen kann.

Die internationale Zusammenarbeit hat sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verdichtet. Terrorismusbekämpfung ist eine gesamtheitliche Aufgabe, sie spricht die nationalen Ressourcen ebenso an wie die internationale Zusammenarbeit. Rumänien befindet sich in einer wichtigen geostrategischen Lage und steht an der Schwelle zum Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO. Vor diesem Hintergrund fand am 2. und 3. Oktober 2002 bei der Staatspolizei in Wien ein Workshop statt, an dem Vertreter der österreichischen Staatspolizei und der rumänischen Sicherheitsbehörden teilnahmen. Innenminister Dr. Ernst Strasser hatte diese Veranstaltung bei einem Arbeitsbesuch im Jänner 2002 in Rumänien mit seinem rumänischen Kollegen Ioan Rus vereinbart.

Die Referenten befassten sich beim Workshop mit den Organisationsstrukturen, speziell in der Terrorismusbekämpfung, mit den Ereignissen des 11. September 2001 und die Auswirkungen auf Österreich, dem Begriff „Terrorismus“ und die Terrorismus-Gesetzgebung in Österreich sowie mit den Bestrebungen in der Terrorismusbekämpfung in der Europäischen Union und durch Europol. Weitere Schwerpunkte waren der islamische sowie der türkisch-kurdische Extremismus im Zusammenhang mit Österreich.

Zwischen den Teilnehmern aus Rumänien und Österreich entwickelte sich ein reger und fruchtbarer Informationsaustausch über Erkenntnisse, Praktiken und gemeinsame Probleme; es wurde über die Möglichkeiten einer künftigen operativen Zusammenarbeit diskutiert.